



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 16

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis (Nr. 1), 50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Klaus-Groth-Strasse 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 21. April 1917

Anzeigen kosten die Hauptzeile 50 Pf. (bei
parallellele oder deren Raum 50 Pf. (der
Betrag ist stets vorher einzulösen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

31. Jahrg.

Zur diesjährigen Teuerungszulage.

Die diesjährige Lohnbewegung, über die wir bereits im letzten „Hamburgs-Anzeiger“ kurz berichteten, unterscheidet sich wesentlich von den bisher durchgeführten. Sie ist nicht eingeleitet worden beim Ablauf eines Tarifvertrages, sondern sie wurde uns aufgezwungen, obwohl wir formell noch nahezu zehn Monate an eine bestimmte Vereinbarung gebunden sind. Wir sagen: die Bewegung wurde uns aufgezwungen. Denn wir legen viel zu großes Gewicht darauf, daß abgeschlossene Vereinbarungen während ihres Bestehens auch eingehalten werden, als daß wir ohne unbedingten Zwang deren Abänderung vorzeitig in Ermägung ziehen würden. Was wir aber jetzt erleben, ein gewaltiges, nie für möglich gehaltenes Kriegereignis mit ganz außergewöhnlichen wirtschaftlichen und sozialen Folgen ist eine so besondere Erscheinung, daß ihm gegenüber alle vor längerer Zeit noch so wohl erwogenen Maßnahmen einfach überholt und unhaltbar werden müssen. Die im Vorjahre unter ganz anderen Umständen und in der Annahme, daß die damals schon erscheinende Teuerung nicht noch wesentlich gesteigert werden könnte, trotz unseres entschiedenen Widerpruches auf zwei Jahre festgesetzten Löhne können jetzt unmöglich noch als auch nur einigermaßen angemessen angesehen werden. Die Preise für die notwendigsten Lebensmittel, für Kleidung und andere unentbehrlichen Gegenstände des täglichen Bedarfs sind seit etwa Jahresfrist in ungeahntem Maße gestiegen. (Nach Richard Calwer betrug der durchschnittliche Nahrungsmittelaufwand für eine vierköpfige Familie nach der dreifachen Ration eines Marinesoldaten in 200 Städten im Dezember 1915 M. 89,82, im Dezember 1916 dagegen M. 58,21.) Solche nie dagewesenen und nur in Kriegszustand denkbaren Preissteigerungen mußten bei gleichbleibenden oder nur geringfügig gesteigerten Löhnen die Lebensverhältnisse unserer Kollegschaft ganz ungenügend gestalten.

Die Sicherung einer einigermaßen ausreichenden Existenzmöglichkeit ist aber doch schließlich das mindeste, was von einem Tarifvertrag gefordert werden muß, wenn seine Fortsetzung nicht zu einer sittlichen und sozialen Pflicht der Vertragsparteien werden soll; wobei natürlich Voraussetzung ist, daß die eingetretenen Veränderungen außerordentlich einschneidend und durch ganz besondere Gegebenheiten hervorgerufen sind. So hat denn die herrschende Teuerung auch andere, mit dem Malerberufe verwandte Gewerbe inzwischen zu größeren Zulagen veranlaßt.

Dazu kommt, daß es sich bei der jetzigen Teuerung nach allgemeiner Auffassung nicht etwa um eine halb oder überhaupt wieder vorübergehende Erscheinung handelt. Wohl wird sie voraussichtlich, wenn die Einfuhr von Lebensmitteln wieder flott in Gang gekommen und die landwirtschaftliche Erzeugung wieder auf ihre frühere Höhe gebracht worden ist — was jedoch sicher nach Friedensschluß noch Jahre in Anspruch nehmen wird — etwas abflauen. Dafür werden andere Ausgaben entschieden steigen. Denn daß nach dem Kriege die Mieten, besonders für Kleinwohnungen, erheblich in die Höhe gehen, und die Steuern außerordentlich zunehmen unter vielen andern Belastungen mehr, muß als selbstverständlich gelten. Also kann mit einer Besserung der jetzigen Einkommensverhältnisse in den kommenden Jahren keinesfalls gerechnet werden; vielleicht hält die im Gange befindliche Verschlechterung sogar noch weiter an. Das ist um so bedenklicher, als die jetzt gewährten Zulagen die Teuerung nicht ausgleichen werden, selbst wenn sie weit über das zu erwartende Maß hinausgehen würden.

Je mehr wir aber gegenwärtig hinter den tatsächlichen Ansprüchen und hinter andern Gewerben zurückbleiben, desto höher müßte die auch nach Kriegsende noch zu zahlende Lohnerhöhung sein, so gern man auch mit einem baldigen Abbau der jetzigen Teuerungszulagen rechnen möchte. Denn daß die Malergehilfen trotz der an sie gestellten geistigen, fachgewerblichen, körperlichen und gesellschaft-

lichen Anforderungen dauernd wirtschaftlich schlechter gestellt werden könnten wie andere gleichartige Arbeiterschichten, kann weder aus allgemeinen sozialen Gründen, am allerwenigsten aber im Interesse unseres Gewerbes und vom Standpunkte der Arbeitgeber gewünscht werden.

Die Erörterungen über die zukünftige Gemeinschaftsarbeit für die Befundung und günstige Entwicklung unseres Berufes haben erfreulicherweise Übereinstimmung darüber gezeigt, daß die Vertreter der Arbeitgeber- und Gehilfenorganisationen in gleicher Weise an dessen günstigem Stande und seiner Förderung interessiert und in diesem Sinne in Zukunft planmäßig zu wirken fest entschlossen sind. Auch darüber bestand nur eine Meinung, daß die größte Gefahr in dem Mangel an dem unbedingt nötigen gewerblichen Nachwuchs besteht. Der schon seit Jahren zu beobachtende Rückgang der beruflichen Leistungsfähigkeit unseres Gewerbes führte zu immer tieferem Verfall auch in wirtschaftlicher Hinsicht und erschwerte den von allen Berufsangehörigen beiderseits sehnlichst gewünschten Aufschwung. Wenn hier nicht von unten auf und mit durchgreifenden ökonomischen Mitteln eingewirkt wird, kann ein Aufschwung unseres Gewerbes auch dann nicht herbeigeführt werden, wenn sonst die Vorbedingungen dazu gegeben, wenn die Bedürfnisse der Auftraggeber, sei es infolge einer günstigeren allgemeinen Geschmacksrichtung, zuversichtlicher Wirtschaft- und politischer Verhältnisse oder infolge wirksamer Anregungen durch die geplante Gemeinschaftsarbeit vorhanden wären.

Den notwendigen Nachwuchs aber kann man nicht allein — vielleicht am wenigsten — mit einer noch so geschickt und energisch betriebenen Werbetätigkeit in Schule, Haus und Öffentlichkeit heranziehen. Dazu gehört vor allem die Schaffung der überall sich Anerkennung verschaffenden Ueberzeugung, daß unser Gewerbe in der Lage ist, seinen Angehörigen eine wirtschaftlich einträgliche und einigermaßen gesicherte Existenz zu verhelfen. Hierfür ist, soweit die Gehilfen in Frage kommen, von größter Bedeutung eine ausreichende, nicht hinter ähnlichen Berufen zurückbleibende Entlohnung und eine möglichst andauernde Beschäftigungsmöglichkeit. Auch die Erhöhung der Entschädigung für Lehrlinge und der Anreiz durch vermehrte kunstgewerbliche Leistungen wird den gewerblichen Nachwuchs fördern; das wirksamste Mittel bleibt aber bestimmt die Sicherung ausreichender Existenzverhältnisse für das Gros der Berufsangehörigen.

Ausreichende Löhne werden ferner auch viele Gehilfen abhalten, ohne eine genügende wirtschaftliche Grundlage und ohne ausreichende berufliche und kaufmännische Befähigung, also unter allen Umständen, Leisler zu werden. Ein Rückgang oder der übermäßig angewachsenen Zahl von Kleinmeistern müßte zum großen Nutzen unseres Gewerbes und der bestehenden Geschäfte sein. Damit würden für diese viele brauchbare Arbeitskräfte frei, viele schwer zu gemeinsamem Vorgehen bei der Preisgestaltung zu bewegend und darum gefährliche Konkurrenten würden ausgeschalten. Damit natürlich nichts gegen das Bestehen auch von kleineren Unternehmungen an sich, wenn sie nur lebensfähig sind, gesagt sein soll.

Eine wesentliche Grundlage für den Stand des Gewerbes ist eine angemessene Preisgestaltung. Unverhältnismäßig niedrige, durch eine milde und ungesunde Konkurrenz hervorgerufene Preise für die auszuführenden Arbeiten werden natürlich auch die Einkommensverhältnisse der Gehilfen herabdrücken. Denn die Mindereinnahmen, die durch ungerechtfertigte Unterbietung entstehen, wird man in der Regel auf die Gehilfenschaft durch niedrige Löhne abzuwälzen versuchen. Doch auch im Kampfe gegen eine ungesunde Preisgestaltung sind Meister- und Gehilfenorganisationen völlig einer Meinung. Durch die bekannten Richtlinien für unsere Gemeinschaftsarbeit haben sie sich unter Berücksichtigung der mit den das gleiche Ziel verfolgenden Bestimmungen des Reichstarifvertrages gemachten Erfahrungen auch auf diesem Gebiete zu bestimmten Maßnahmen verpflichtet. Und es müßte sonderbar zu-

gehen, wenn diese Tätigkeit im Laufe der Zeit nicht ganz bemerkenswerte Erfolge haben würde. Gewähren die Arbeitgeber den Gehilfen durch die Betätigung besonderen sozialen Verständnisses den Verhältnissen entsprechende Einkommensverhältnisse, so wird das ein wirksames — vielleicht das wirksamste — Mittel mit sein, um auch die Preise für die Arbeiten der Kunstschaff gegenüber auf eine Höhe zu bringen, die im Einklang wiederum mit den gezahlten Löhnen, den Material- und den andern Geschäftskosten mehr steht. Die höheren Löhne werden hier zu einem mächtigen Antrieb werden. Notwendig ist dabei zunächst in erster Linie, daß in den einzelnen Orten, wenn der Arbeitgeberverband den Richtlinien für die Gemeinschaftsarbeit erst endgültig zugestimmt hat, mit den erforderlichen Vorarbeiten begonnen wird.

Die jetzige bedeutende Materialverteuerung, die natürlich durch eine entsprechende Erhöhung der Preise für die auszuführenden Arbeiten herbeigeholt werden muß, zeigt, daß Preissteigerungen, wenn die Kosten für die Arbeiten steigen, sehr wohl möglich sind. Warum aber sollen Preissteigerungen nur durchführbar sein, wenn die Verteuerung der Materialien und anderes, nicht aber, wenn eine Erhöhung der Löhne dies bedingt? Tritt die Lohnerhöhung wegen ihrer verhältnismäßigen Höhe nach außen nur genügend hervor und kommt deshalb kein Arbeitgeber darum herum, sie bei seinen Kalkulationen unbedingt mit zu berücksichtigen, so wird sie auch bei der zukünftigen Preisgestaltung in Erscheinung treten. Es ist eine im Geschäftsleben anerkannte Tatsache, daß sich größere Lasten verhältnismäßig leichter wieder hereinbringen lassen als solche, die als solche kaum gemündigt werden.

Und dann noch eins. Die jetzige Zeit mit ihren gewaltigen Umänderungen aller bestehenden Verhältnisse ist sehr günstig für einen Ausbau der Preisverhältnisse überhaupt. Das zeigt sich an den ganz bedeutenden Erhöhungen der Preise sämtlicher Bedarfsartikel, selbst solcher, bei denen man sich vergeblich fragt, durch was dabei eigentlich eine Preissteigerung begründet sein könnte. Und es ist auch von den Arbeitgebern, und zwar meist mit Erfolg, versucht worden, ihre Preise den veränderten Verhältnissen entsprechend zu erhöhen. Wäre es da vom Standpunkt unserer Arbeitgeber aus nicht klug, diese Gelegenheit zu benutzen und angesichts der verteuerten Materialien auch gleich einen entschiedenen Schritt zu einer größeren Lohnerhöhung mit zu tun in der Gewissheit, die so gesteigerten Geschäftskosten jetzt sicherer hereinzubekommen als später, wenn die Preise vielleicht infolge einer Verbilligung der Materialien eine fallende Tendenz aufweisen? Die nennenswerten erhöhten Löhne würden so ein Mittel mit sein, die einmal gestiegenen Preise zu festigen. Sind diese erst wieder gefallen, so wird es dann — wenn die Löhne weiter, auch in geringerem Maße, steigen — ungleich schwerer sein, sie wieder hochzubringen. Denn das es angesichts der oben gekennzeichneten bevorstehenden weiteren Teuerung unumgänglich nötig werden wird, die Lohnverhältnisse später, sofern es jetzt nicht schon geschieht, über das jetzige Maß hinaus zu erhöhen, wird auch bei unsern Arbeitgebern, die mit Tatsachen zu rechnen gewöhnt sind, keinem Zweifel begegnen.

Danach wäre es durchaus praktisch gehandelt, jetzt und nicht erst, wenn vielleicht der Druck wirtschaftlicher Kämpfe zur Erhöhung der Löhne zwingt, einen größeren Schritt zu tun, wobei wir zum mindesten an die doppelte Höhe der vorjährigen Teuerungszulage denken. Das wäre nicht nur großzügig, sondern auch rationell und zum Nutzen unseres Gewerbes und dessen Zukunft gehandelt.

Wir erwarten, daß die Arbeitgeber überall diesen Hinweisen, die auch in ihren Kreisen vielfach geteilt werden, bei ihren zunächst selbständig zu fassenden Beschlüssen Rechnung tragen.

Das neue Wirtschaftsjahr 1917/18.

Das Kriegsernährungsamt, das für eine wirksame Tätigkeit im Erntejahr 1916/17 viel zu spät errichtet wurde und deshalb sich bisher mit Stütz- und Flickwerk begnügen mußte, kann in diesem Jahre vor der Frühjahrsoberlieferung einen Plan veröffentlichen, von dem man sich eine wesentliche Verbesserung unserer Versorgungsverhältnisse verspricht. Dieser Plan ist aufgebaut auf einem Entschließen von elf landwirtschaftlichen Hochschullehrern und auf den Erfahrungen der letzten Jahre. Diese haben gelehrt, daß der steigende Preisanstieg eine Schraube ohne Ende ist und nicht zum Ziele führt. Man hat erkannt, daß die Landwirtschaft besonders diejenigen Produkte anbauen, an denen sie am meisten verdienen. Dadurch werden die für die menschliche Ernährung notwendigen Produkte aber vernachlässigt. Es kommt dazu, daß für die Menschen bestimmte Nahrungsmittel, wie Kartoffeln und Getreide trotz aller Ernteaufhebungen verknappt werden, weil mehr verdient wird, wenn man bei den hohen Viehpreisen Vieh heranführt. Die Vergangenheit lehrt uns aber auch, daß viele Verbraucher, die die Preissteigerung tragen müssen, nicht noch weiter belastet werden können, weil sie an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind; die eingetretene Lohnsteigerung bieten in den meisten Fällen nicht an nähernd einen entsprechenden Ausgleich. Auch darüber sind sich alle klar, daß der freie Handel in seiner Tätigkeit beschränkt bleiben muß, und daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage als Preisregulator im Kriege nicht Geltung haben kann.

Man glaubt, daß durch den neuen Wirtschaftsplan die bekannten Fehler vermieden und vorhandene Mängel beseitigt werden, so daß eine Vermehrung der Produktion und Ablieferung an die Konsumenten erzielt werden kann, ohne diese wesentlich mehr zu belasten. Nach dem neuen Plan sollen im Preise steigen im Jahre 1917/18:

Roggen auf M. 270 pro Tonne gegen M. 220 bisher
Weizen " " 290 " " " 260 "
Kartoffeln " " 100 " " " 90 "
Zuckerrüben " " 50 " " " 30 "

Die Kartoffeln sollen zwischen dem 1. Juli und 14. September 1917 M. 160 pro Tonne kosten dürfen. Die Landeszentralen können den Preis bis M. 1, also auf M. 9 pro Zentner erhöhen. Für nicht verlesene Kartoffeln kann der Präsident des Kriegsernährungsamts Abzüge festlegen.

Dagegen soll der Preis gesenkt werden bei:

Futterrüben auf M. 30 für die Tonne gegen M. 36 bisher
Brüden (Kohlrüben) " " 35 " " " 50 "
Futtermöhren " " 50 " " " 60 "

Die Preise sind Erzeugerpreise, sie schließen die Kosten der Beförderung bis zur Verladestelle des Erzeugers und des Verladens daselbst ein.

Eine Preisentlastung sollen ferner erfahren:

- Rinder um 15 pSt im Lebendgewicht (das ist 25 bis 30 pSt im Schlachtgewicht);
- Schweine um 20 bis 25 pSt. im Lebendgewicht je nach der Gewichtsklasse (das ist 30 bis 35 pSt. im Schlachtgewicht);
- Hafer um M. 30 und Gerste um M. 30 bis 50 pro Tonne.

Durch diese Preisfestsetzung bleibt nach der „Mundschau“ der deutschen Verbraucherbewegung die landwirtschaftliche Produktion rentabel. Jedenfalls soll erreicht werden, daß die Landwirte nicht mehr mit ihren Produkten zurückhalten, daß sie nicht notwendige Lebensmittel vernachlässigen, und daß sie nicht nur ganz bestimmte Produkte anbauen. Wäre das die Wirkung der Preisrelation, dann bedeutete das einen großen Erfolg. Die Konsumenten hatten allerdings gefordert, daß die heutigen Getreidepreise die Grundlage des Ausgleichs bilden sollen. Demgegenüber stand jedoch die Forderung der Landwirtschaft, die hohen Viehpreise zum Ausgangspunkt zu machen. Man ging den Mittelweg. Als Höchstpreis für Spätkartoffeln ist ein Einheitspreis von M. 5 für den Zentner gewählt worden. Im

verflorenen Jahre betrug der Preis erst M. 4, dann M. 5, also durchschnittlich M. 4,50. Die bisherige Abnutzung ist aufgegeben, um die zur Winterversorgung nötige Herbstlieferung zu fördern. Wenn durch die Erhöhung des Preises die Konsumenten wirklich im Herbst 1917 Kartoffeln geliefert erhalten, dann würden sie den Preis in Kauf nehmen, zumal er nur für verlesene Kartoffeln (Spezialkartoffeln) gelten soll. Eine Erhöhung des Brotpreises soll sich nach den wiederholten Erklärungen des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes trotz der Getreidepreiserhöhung vermeiden lassen, da die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpriß und zwischen Mehl- und Brotpriß herabgesetzt werden kann. Wir sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß das nicht nur ein Trost, sondern daß es zur Tatsache wird. Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt, daß sich eine Zuckerrübenpreiserhöhung hätte vermeiden lassen. Die Preise wurden trotzdem erhöht. Wir hoffen aber, daß bei den hohen Gewinnen der Zuckerrübenfabrikanten der Zucker im Kleinverkauf auf der jetzigen Preisstufe erhalten werden kann. Die Ermäßigung der Viehpreise kommt hauptsächlich dem Seere und den Bessersituierten zugute, da viele Minderbemittelte schon längst ihre Fleischkarte nicht mehr ausfüllen können. Schon machen sich Stimmen dahin geltend, die Fleischpreise trotz der Herabsetzung der Viehpreise nicht zu senken. Unter allen Umständen muß aber der Fleischpreis herabgehen. Der Ernährungsamt des Reichstages hat in Vorahnung erneut einsehender Hindernisse auf Drängen der Konsumenten bedeutsame Entschlüsse gefaßt, die eine weitere Belastung der Minderbemittelten verhindern sollen. Es wurde unter anderem beschlossen:

Bei einer Steigerung des Preises für Roggen und Weizen ist eine Erhöhung des Brotpreises zu vermeiden durch Verminderung der Spannung zwischen Getreide- und Mehlpriß, sowie in zahlreichen Gemeinden durch Verminderung der Spannung zwischen Mehl- und Brotpriß. Zu diesem Zweck sind für die Gemeinden entsprechende Vorschriften zu erlassen. Soweit diese Mittel nicht ausreichend sein sollten, sind Zuschüsse aus Reichsmitteln zu gewähren. Bei der beabsichtigten Senkung der Viehpreise ist auf die Erhaltung eines leistungsfähigen Viehstandes Rücksicht zu nehmen und Vorsorge zu treffen, daß die Ermäßigung in vollem Umfang in erniedrigten Fleischpreisen den Verbrauchern zugute kommt. Die Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen ist auf das durchaus notwendige Maß herabzusetzen durch Verminderung der Provisionsätze der Viehhandelsverbände und der nicht selten recht erheblichen Handelsaufschläge für Zwischen- und Kleinhandel. Die Gemeindeverwaltungen müssen zu entsprechenden Maßnahmen angehalten werden.

Wenn wir uns trotz der zweifelhaften Mehrbelastung mit dem Wirtschaftsplan einverstanden erklären, dann nur, wenn folgende Forderungen erfüllt werden, die der Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen erhebt:

1. Die Kartoffeln müssen verlesen werden; nur für gute Spezialkartoffeln gilt der festgesetzte Preis.
2. Die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpriß und zwischen Mehl- und Brotpriß ist zu erniedrigen, so daß das Brot nicht weiter verteuert wird.
3. Der Fleischpreis ist mindestens in gleichem Verhältnis wie der Viehpreis zu senken; die Tätigkeit der Viehhandelsverbände ist schärfer zu beaufsichtigen.
4. Alle erforderlichen notwendigen Nahrungsmittel sind zu rationieren, zu beschlagnahmen und gleichmäßig und gerecht unter die Bevölkerung zu verteilen.
5. Die Produzenten und Selbstverfasser sind öfter durch unabhängige Personen zu kontrollieren und die Bestandaufnahmen sind in gewissen Zeitabschnitten zu wiederholen.
6. Eine schärfere Bestrafung derjenigen Personen, die mit Nahrungsmitteln zurückhalten oder die Höchstpreise überschreiten, hat zu erfolgen.

Die Verbraucher werden überall dahin wirken müssen, daß diese Forderungen erfüllt werden, dann kann der Wirtschaftsplan erst voll zur Wirkung kommen. Der Kriegs-

ausschuss für Konsumenteninteressen spricht mit Recht auch die Erwartung aus, daß die Landwirtschaft im nächsten Jahre ihre Interessenpolitik aufgibt und voll ihre Pflicht erfüllt. Maßgebende Sachverständige und die Behörden haben erklärt, daß bei Aufstellung des Planes davon ausgegangen wurde, die landwirtschaftlichen Betriebe durch eine genügende Gesamteinkünfteleistungsfähigkeit zu erhalten. Man hat Preise festgesetzt, die auch die Betriebe mit ungünstigen natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen lebensfähig erhalten, und hat alles sowohl nach Vorschlägen von Praktikern wie auch nach volkswirtschaftlich richtigen Grundsätzen geregelt. Nun wird sich zeigen, ob der Landwirtschaft ihre eigenen Interessen höher stehen als die Interessen der Volksgemeinschaft und des Vaterlandes.

Zur Ausbildung Kriegsbeschädigter im Malergewerbe.

Ueber die Erfolge, die in der badischen Lehrwerkstätte für beschädigte Krieger in Bezug auf die Ausbildung des Malergewerbes gemacht wurden, macht in der „Bad. Gewerbe- und Handwerkerzeitung“ der Werkstättenvorsteher Doll nachstehende Ausführungen:

Von 51 Besuchern der Werkstätte seit September 1915 waren die wenigsten zeichnerisch vorgebildet, haben keinen Fachunterricht besucht, und hatten früher überhaupt keine Gelegenheit, sich im Berufe auszubilden. Die meisten waren Anstreicher, Radierer und Lünker. Hier haben sie Zeit, das Verfaulene nachzuholen, sich im „Schreiben“, Dekorieren und Mäbelmalen auszubilden, sowie in neuen Anstreichertechniken zu verbessern.

Es ist aber auch bitter notwendig, daß die Kriegsbeschädigten die freie Zeit im Lazarett dazu benutzen, sich vorwärts zu bringen, denn die wenigsten sind nachher in der Lage, die grobe und schwere Arbeit wie früher auszuführen. Die jetzige Kriegslage erschwert allerdings, die erworbenen Kenntnisse nutzbringend zu verwerten, wenn aber wieder normale Zeiten eintreten, wird es den Leuten klar, wie gut es war, sich beruflich im Lazarett verbessert zu haben.

Den maßgebenden Kreisen und Behörden muß aber auch daran gelegen sein, im Interesse der Kriegsbeschädigten, die dekorative Malerei wieder mehr einzuführen, damit die Bestimmten zu dieser leichten Arbeit verwendet werden können.

Noch andere Gesichtspunkte sind während des Bestehens der Malerwerkstätte zutage getreten und sind vom Leiter der Werkstätte gefördert worden. Das ist das Umlernen von der rechten zur linken Hand beim rechts Verfümmelten und dem Erlernen des Maler- und Anstreichergeribes für Einarmen. Beinamputierte eignen sich weniger zum Erlernen dieses Handwerks, da sie Schwierigkeiten mit den Leitern bekommen und es schon genügend Beinamputierte Malergehilfen geben wird.

Unser Handwerk eignet sich zur Verwertung von einarmigen Kräften, und bei der großen Anzahl von Kriegsbeschädigten muß das Handwerk auch sein Teil davon übernehmen. Es ist ein eiserne Muth, alle Bedenken dagegen abzuschütteln und die Kriegszufürsorge in ihrem Bestreben, die Leute in einem geeigneten Berufe unterzubringen, zu unterstützen.

Ich persönlich denke viel weiter, wenn ich sage, es wird später bei Friedenszeiten der Malermeister noch froh sein, wenn er Bein- oder Beinamputierte einstellen kann.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß schon früher Mangel an Arbeitskräften im Malergewerbe vorhanden war und jetzt der Abgang sehr groß ist, einestheils durch Tote, Schwerverletzte, und andernteils solchen, die in Fabriken untergekommen sind, so ist es nach meinem Dafürhalten sogar notwendig, frische Arbeitskräfte zuzuführen, auch wenn die Arbeit nur mit einem Arm ausgeführt werden kann. Durch ärztliche Kunst und gute künstliche Glieder werden sehr viele Kriegsbeschädigte in der Lage sein, unser Handwerk zu erlernen oder weiter auszuführen.

Zur Lehrlingsausbildung.

Von einem süddeutschen Kollegen wird uns hierzu geschrieben:

Die Sorge um Handwerk um den geeigneten Nachwuchs, das heißt um lernfähig zu bleiben, hat die Lehrlingsfrage zur Erörterung gestellt. Während man in einzelnen Handwerken recht peinlich auf Lehrlingsausbildung achtete, war in andern, zum Beispiel im Bauergewerbe, ein wildes Verhältnis. Gerade hier war der Lehrling meist nur ein Arbeitsbursche, der sich selbst überlassen war. Nun soll es besser werden, weil es bitter notwendig ist. So schnell lassen sich aber alte Fehler nicht gut machen, es gehört Geduld dazu und man muß von Grund auf anfangen. In folgendem möchte ich meine Ansicht aussprechen und eine Diskussion darüber herbeiführen, an der sich auch unsere Meister in ihren Organen beteiligen sollten. Der Anfang muß in der Schule gemacht werden. Die Schulen sind heute meist Berufsschulen, sie sollten aber doch Erziehungsanstalten im weitesten Sinne des Wortes sein. Denken und sehen lernen sollte die Hauptaufgabe sein. Ist doch das Denken bis zu einem gewissen Grade geistiges Sehen. Man wird oft ausgelacht, wenn man sagt, die Menschen könnten nicht sehen, und hört dann, ja, jeder der Augen hat, kann doch sehen. Gewiß, aber nur so weit, als er es gelernt hat. Macht man gleich die Probe, zieht eine Linie in bestimmter Richtung etwas schief und fragt: ist die Linie senkrecht, kann man sofort die abweichendsten Anzeichen hören. Und so bei verschiedenen anderen Fragen. Kann man sehen zu lernen, muß man zeichnen lernen. Das Schreiben in der Schule ist doch auch ein Zeichnen und sollte nach meiner Ansicht die ersten Stunden der meisten Berufe in den Schreierkassen graben, dem Zeichnen gelten. Denn schon ist also mit dem Sehenlernen anzufangen. Das würde dann dem Lesenlernen zugute kommen. Warum lernen denn manche Kinder (man fängt schon im ersten Schuljahr damit an) so schwer lesen? Doch nur deshalb, weil sie die Buchstaben nicht oder sehr schwer unterscheiden können, das heißt, ihre abweichendsten Merkmale nicht sehen. Das Sehenlernen müßte an den ersten Schulstufen geübt werden. Ein Löffel,

Messer, Blumentopf, Tintenfaß, Apfel, eine Tasse usw. genügt. Dieses Lernen müßte die ganze Schulzeit hindurch geübt werden; dabei muß aber erklärt werden, ob der Gegenstand, der gezeichnet wird und für den Gebrauch bestimmt ist, auch wirklich zweckmäßig gebaut ist (angewandte Kunst). Daran anschließend muß die Farbenlehre gehen, und hier ist die Natur die unerschöpfliche Quelle. Hinaus ins Freie und Form und Farbe gelehrt! Zu diesem Zwecke müßten natürlich besonders geeignete Lehrer da sein. Als ich das letzte Jahr zur Schule ging, fragte bei einer Gelegenheit unser Lehrer, was ein Gefäß, eine Füllung, eine Brüstung sei; niemand wußte es. So dürfte es heute noch vielfach sein. Also: Systematisch Sehenlernen für Form, Linie, Fläche, Farbe.

Wenn das letzte Schuljahr beginnt, dann wird bei dem jungen Menschen die zukünftige Berufsfrage von den Eltern, Vormündern usw. gestellt. Der Schüler soll sich aussprechen, wozu er Lust hat. Was weiß denn der Heutige der Schüler von dem einzelnen Gewerbe? Doch nur das, was er äußerlich sieht. Er weiß wohl, beim Bäcker, Metzger usw. gibt es etwas zu essen, beim Müller, Bierbrauer usw. zu trinken, das Malen ist schön, einen Schrank oder einen Gegenstand aus Blech, Eisen usw. zu fertigen, macht ihm Spaß. Hat er eine schöne Handschrift oder kann gut rechnen, muß er Kaufmann oder Beamter werden. Wie es jedoch in diesen Berufen aussieht, welche Fähigkeiten usw. dazu gehören, weiß er nicht, oftmals keine Eltern auch nicht. Auch hier müßte rechtzeitig eingegriffen werden.

Die Schule muß Spaziergänge machen, um zu lehren in Natur und Welt. Also man führe die Kinder zum Beispiel an einen Neubau, wenn abgeleckt und der erste Spatenstich gemacht wird, verfolge die Arbeit bis zum Schluß; führe sie in Werkstätten, Gärten, Fabriken usw. und unterrichte dort. Daß der Anschauungsunterricht in der Schule entsprechend betrieben werden muß, ist ganz selbstverständlich, dabei nur keine sogenannten Kunststücken machen, sondern grundlegenden Unterricht geben.

Handarbeitsunterricht im weitesten Sinne systematisch betrieben ist nach dem Angeführten unerlässlich. Hier zeigt

sich bald Anlage und Neigung des Schülers. Als in den ersten Kriegsmonaten die Kriegskochbücher austauschten (schon lange hört man nichts davon, und es klingt jetzt fast wie ein Hohn), da setzte die Propaganda für den Koch- und Haushaltungsunterricht; der weiblichen Jugend in der Schule ein. Man glaubte gefunden zu haben, wie wenig Frauen Läden und Haushalten können. — Handarbeits- und Anschauungsunterricht fehlt auch da.

Also erziehen zum Denken und Sehen. Ersteres übt sich ganz von selbst beim Anschauungsunterricht, dann ist das Gesehene erfasst, prägt es sich dem Denken ein. Aus der Schule entlassen, muß der sogenannte Fortbildungsunterricht daran anknüpfen und weiterbauen. Als vor Jahren der Fortbildungsunterricht aus den Abend- in die Tagesstunden durch die Regierung verlegt wurde, liefen viele Handwerkerorganisationen dagegen Sturm. Es gab Verhandlungen, aber die Regierung gab nicht nach. In einigen Orten wurde auch der Sonntagszeichnungsunterricht auf Veranlassung der Geistlichkeit verlegt. Hier gab es auch Protest. Offenlich wird der Sonntagsunterricht ganz abgeschafft. Der Sonntag ist zur Erholung da. Der Fortbildungsunterricht ist ein Teil der Lehre und muß in den Tagesstunden stattfinden, nicht abends, wo der Mensch müde und abgelenkt ist. Alle Direktoren dieser Schulen beschwerten sich über die mangelhafte Vorbildung ihrer Zöglinge. Es wird dann meistens immer von vorn angefangen, wozu aber die Schüler keine Lust haben. Auch fehlt es meist an geeigneten Lehrern. Während der Jugendjahre bedarf es ganz besonderer Aufmerksamkeit, den Schülern Freude und Verständnis für das Lernen beizubringen. Ich erinnere mich, daß in den Abendstunden einige von uns einschließen, andere sich mit Mühe wachhielten, sogar unser Lehrer, ein alter, gutmütiger Herr, schlief manchmal, bis erst das Mottia ihn weckte. Einmal haben wir uns alle leise fortgeschlichen und außen am Fenster gewartet, bis er wach wurde.

Mit den Fachschulen in den Wintermonaten liegen die Verhältnisse ähnlich. So manche Arbeitgeber hier halten nichts davon und schicken ihre Lehrlinge einige Wochen nach Hause, um die paar Pfennige Lohn zu sparen; trotzdem ein Lehrvertrag auf drei Jahre Lehrzeit abgeschlossen ist.

Freilich werden andere Arbeitseinteilungen und Spezialisierungen noch in stärkerem Maße vorgenommen werden müssen als bisher, und die gesunden Geschäfte werden die schwere Arbeit auszuführen haben. In kleinen Betrieben können selbstverständlich weniger Kriegsbeschädigte unterkommen, da hier die Arbeitseinteilung eine andere ist. Das Unterrichten muß in die richtige Bahn gelenkt werden; hier hat die Handwerkskammer einzugreifen. Die Lehrzeit muß eingehalten, die Gewerbeschule besucht und die Gesellenprüfung abgelegt werden. Die Zahl der unfähigen und ungelerten Malergehilfen darf auf keinen Fall vermehrt werden.

Auch bin ich der Meinung, daß die Unternehmenden nach ihrer Verschulung und nach dem Erhalt ihres Erbschaftsbesitzes möglichst bald in Malereibetrieben untergebracht werden. Von den 51 Besuchern haben 18 Malergehilfen links umgelernt. Ein Einarmiger (linkshändig) hat in der Kunstgewerbeschule Karlsruhe, als besonders talentiert, Aufnahme gefunden. Sechs Leute arbeiten bereits praktisch mit der linken Hand in Betrieben. Zwölf Mann hatten Bein- oder Fußverlust, oder Verstümmelung; diese Leute sind in den seltensten Fällen zum Steigen von hohen Leitern oder Gerüsten zu gebrauchen, und ist es daher notwendig, sie in der besseren Arbeit auszubilden oder anzulernen. Vier gelernte Maler haben die Meisterprüfung mit „gut“ bestanden und die Kenntnisse dazu nur im Lazarett gelernt.

Ein Maschin- und Glasvergolderkursus von 22 Mann besucht, hier ist auch ein Feld für Beinbeschädigte, da die Arbeit in der Werkstatt und im Sicken geleistet wird. Ungelernte waren es sieben Mann, welche die Werkstatt besucht haben, davon zwei Einarmige, die unsern Beruf erlernen wollen. Die andern sind oder waren verwandte Berufe und haben sich im Zeichnen verbessert.

Der Wille vermag viel. Ich bin der festen Überzeugung, daß bei einigermaßen gutem Willen auf beiden Seiten unserer Berufsgruppe auch die Kriegsbeschädigten ein Auskommen finden werden.

Aus unserm Beruf.

Schnelbemüht. Durch die andauernde Teuerung der Lebensmittel und der sonstigen Bedarfsartikel des täglichen Lebens veranlaßt, nahm die Arbeiterschaft der Oberrheinischen Albatroswerke, in denen auch eine größere Zahl unserer Mitglieder beschäftigt ist, unter außergewöhnlich starker Beteiligung in den ersten Tagen des Monats März zur Verbesserung der bestehenden Arbeitsbedingungen Stellung. Gefordert wurde eine Erhöhung der Einstellungsbeziehungsweise Grundlöhne um 15 % die Stunde sowie eine Erhöhung der Teuerungszulagen, ferner ein höherer Zuschlag bei Nacht- und Sonntagsarbeiten und Festsetzung eines Mindeststundenlohnes für Arbeiterinnen. Mit der Vertretung dieser Forderungen bei der Direktion wurden die Gauleiter der in Frage kommenden Verbände beauftragt. Von dem Grundsatz ausgehend, daß für die gleiche Bezahlung der Flugzeuge durch die Militärverwaltung auch die gleichen Löhne und Aufschläge zu zahlen sind, ganz gleich, ob die Flugzeuge in Berlin-Johannisthal, in Schneidemühl oder sonstwo gebaut werden, wurden die aufgestellten Forderungen mit Nachdruck vertreten. Nach zweimaliger Verhandlung kam dann auch eine neue Vereinbarung mit Wirkung vom 4. April zustande. Die Einstellungsbeziehung für gelernte Handwerker sowie für Hilfsarbeiter, sofern sie die gleiche Arbeitsleistung erreicht haben, wurden um 10 % erhöht, also jetzt auf 80 % die Stunde festgesetzt. Nach einer Beschäftigungsdauer von sechs Wochen sind 85 % zu zahlen. Die Teuerungszulage wurde um 15 % erhöht, und nunmehr erhalten die Haushaltungsvorstände 80 % und die Ledigen 25 % die Stunde. Diejenigen Arbeiter, die bereits mehr als den Einstellungslohn hatten, erhalten ebenfalls 10 % mehr, also eine allgemeine Lohnzulage von 10 % die Stunde. Der Mindestlohn inklusive Teuerungszulage beträgt demnach vom 4. April ab M 1,15 für Haushaltungsvorstände und M 1,10 für Ledige. Bei Afford-

arbeit muß der Verdienst mindestens 20 % mehr betragen und demnach M 1,35 bis M 1,40 pro Stunde erzielt werden. Hilfsarbeiter über 18 Jahre sollen mindestens 55 % und Arbeiterinnen über 18 Jahre mindestens 40 % Stundenlohn erhalten. Die Aufschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit wurden auf 25 beziehungsweise 50 % festgesetzt. Diese Aufschläge sollen auch die Affordarbeiter entsprechend ihren Stundenlöhnen erhalten.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Hamburg. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung lagte hier am 5. April. Nachdem das Andenken der dem Kriege zum Opfer gefallenen Mitglieder gelehrt worden war, berichtete Kollege Buch über die am 1. April in Kraft getretene Teuerungszulage. Der Redner berichtete zunächst über die vorjährigen Verhandlungen im Reichsamt des Innern, wodurch für Hamburg 6 % pro Stunde festgesetzt wurden. Dies hätten damals die Hamburger Arbeitgeber zunächst abgelehnt. Die Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes stimmte indes mit überwiegender Majorität dafür. Die Hamburger Malermeister hätten sich diesem Beschluß unterworfen. Es wurde weiter vereinbart, daß die als Teuerungszulage gewährte Lohnerhöhung für ein Jahr gelten soll, sofern 1916 der Krieg beendet ist; andernfalls sollte sie noch ein weiteres Jahr gelten. Der erwartete Frieden sei nun noch nicht eingetreten, wohl aber eine weitere Steigerung alles dessen, was zum Lebensunterhalt unbedingt notwendig ist. Die Vorstände der am Tarifvertrag beteiligten Organisationen wären dann im November 1916 zu einer Beratung über künftige Gemeinschaftsarbeit zusammengetreten. Die hierbei aufgestellten Richtlinien lieferten schon den Beweis, daß hierbei ein anderer als der bisher gewohnte Geist geherrscht habe. Im jetztigen Lager hätte man sicher jetzt die Auffassung, daß durch große Ausparierungen die besonderen Krebschäden des Gewerbes keine Minderung erfahren, sondern eher noch vermehrt werden. Gerade den Berufschäden gemeinsam zu begegnen, sei das Ergebnis dieser gemeinsamen Beratung gewesen. Um einen wirklichen Erfolg auf diesem Gebiete erreichen zu können, sprachen die beiderseitigen Organisationen aus, es sei eine zwingende Pflicht für jeden Meister und jeden Gesellen, sich seiner zuständigen Organisation anzuschließen. Gegenüber diesen Abmachungen hätten die Scharfmacher der Großindustrie in ihrem Organ ihrem Herzen bereits Luft gemacht. Bei den genannten in Berlin gepflogenen Verhandlungen mußte auf die abnormen Preiserhöhungen der Materialien, aber auch der der Lebensmittel Bezug genommen werden. Unter Hinweis auf die letztere konnte von Arbeitgeberseite nicht in Worte gestellt werden, daß die 1916 vereinbarte Lohnerhöhung den inzwischen eingetretenen Verhältnissen zu wenig Rechnung trägt. Als Antwort auf die Anregung der Gesellenvertreter erklärten die Arbeitgeber später, daß sie nach eigener Entschliebung diesem Verlangen Rechnung tragen wollten. Diesem Versprechen lauten die Malermeister von Hamburg, Altona, Wandsbek, Eißdörfer und Wilhelmshurg am 28. März nach und beschlossen: die bisherige Teuerungszulage von 6 % vom 1. April an auf 15 % pro Stunde zu erhöhen. Mithin erhöhen sich alle im März 1917 gezahlten Stundenlöhne um weitere 9 %. Eine Anfrage, ob diese Abmachungen auch für Bergedorf und Harburg gelten, wird dahingehend beantwortet, daß die Gauleitung des Arbeitgeberverbandes allen Ortsgruppen nahegelegt habe, möglichst mit dem 1. April eine Erhöhung der bisherigen Teuerungszulage eintreten zu lassen. Es sei zurzeit noch nicht bekannt, ob und was die Malermeister genannter Lohngebiete beschlossen hätten; auf jeden Fall seien es selbständige Ortsverbände, auf die der Hamburger Beschluß ohne weiteres keine Geltung habe. Der Vorsitzende machte dann bekannt, daß wegen der Versendung einer Liebesgabe an die im Felde stehenden Kollegen im Einverständnis mit dem hiesigen Innungsvorstand eine Sammlung bei den Malermeistern vorgenommen sei. Von Hamburg hätten

sich hieran 317 Meister mit einem Betrage von M 1057, ferner 81 Meister von Altona, Wandsbek und Eißdörfer mit einer Summe von M 307 beteiligt. Außerdem zeichneten 21 Firmen der Lack- und Farbenfabriken M 460. Als Gesamtsumme ergab sich der Betrag von M 2024,50. Den Kollegen im Felde sei bei der Zustellung von Liebesgaben hiervon Kenntnis gegeben worden. In zahlreichen Dankeschreiben hätten diese über das Zustandekommen dieser Sammlung ihre Freude ausgedrückt.

Mainz. (Jahresbericht.) Als wir den Jahresbericht für das Jahr 1916 abfaßten, hatte man allgemein die Hoffnung, daß das Jahr 1916 den erhofften Frieden bringen würde. Doch leider ist es anders gekommen, und es ist immer noch vollständig ungewiß, wann endlich dieses gewaltige Völkerringen sein Ende erreichen wird. Das Jahr 1916 stand daher, wie sein Vorgänger, vollständig unter den Kriegseinwirkungen, und die geschäftliche Lage in unserm Berufe wurde immer mehr herabgedrückt. Nur dadurch, daß viele Kollegen in andern Berufszweigen Beschäftigung fanden, wurde eine größere Arbeitslosigkeit vermieden. Immerhin waren im Laufe des Jahres 37 Mitglieder insgesamt 1212 Tage arbeitslos.

Das Organisationsleben wurde durch die Länge des Krieges immer ungünstiger beeinflusst, so daß die Versammlungen und Sitzungen auf das notwendigste Maß beschränkt wurden. Es fanden im Laufe des Jahres nur 17 Versammlungen und Sitzungen statt. Zu einer Versammlung im November wurden auch die Frauen der Kriegsteilnehmer eingeladen mit dem Ergebnis, daß auch eine Anzahl Frauen an dieser Versammlung teilnahmen.

Die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder konnte sich nur auf die angelernten Kollegen beschränken und wurden diese auch fast ausnahmslos dem Verbandszugehörigkeit. Unsere Zahlstellen konnten wir bis auf eine, in der alle Kollegen einberufen wurden, beschränken.

Die Mitgliederbewegung bewegte sich unter den fortwährenden Einberufungen zum Heeresdienst weiter im Stadium des Rückganges. Einem Zugang von 31 Mitgliedern durch Neuaufnahmen und Neumeldung vom Heeresdienst stand ein Abgang von 107 Mitgliedern gegenüber; davon wurden 88 zum Heeresdienst einberufen, 18 gingen durch Austritte, Streichung usw. verloren, während 6 Kollegen gestorben sind. Zum Heeresdienst sind nunmehr insgesamt 136 Mitglieder einberufen. Gefallen sind im Berichtsjahre 9 Mitglieder, insgesamt bis zum Jahreschlusse 31.

Die Gesamteinnahmen der Filiale belaufen sich infolge eines Kassenvortrages von M 1000,11 auf M 13 571,61. Die Ausgaben betragen M 12 297,13. Von den einzelnen Ausgabeposten seien erwähnt: die Krankenunterstützung mit M 4107, das Sterbegeld mit M 990, die Arbeitslosenunterstützung mit M 188, die Familienunterstützung mit M 1270 und an Unterbringung aus lokalen Mitteln wurden M 207 verausgabt. In die Hauptkasse konnten noch M 2300 abgeführt werden. Der Filiale verblieb am Jahreschlusse ein Bestand von M 1384,48. Die Beitragsleistung war im allgemeinen eine gute; es wurden 10 366 Markten umgelegt und 116 beitragsfreie Markten abgegeben, so daß sich im Jahresdurchschnitt 207 volle 52 Wochenbeiträge zahlende Mitglieder ergeben.

Die Teuerungszulage von 5 % wurde am 1. März allgemein zur Auszahlung gebracht. Beschwerden wegen Nichtzahlung sind keine zu unserer Kenntnis gelangt. In den Opelwerken zu Rüsselsheim erreichten unsere Kollegen, gemeinsam mit den übrigen Verbänden, eine Teuerungszulage von M 3 bis M 5 pro Woche, ebenso in der Waggonfabrik von Gerßfeld der Gastell in Wombach eine solche von M 2 bis M 3 pro Woche.

Der Kriegsbeschädigten-Fürsorge hat die Filialverwaltung ebenfalls ihre Aufmerksamkeit geschenkt; zu einer Sitzung mit den Vertretern des Arbeitgeberverbandes kam es jedoch nicht, da diese durch Zustimmung zu den Richtlinien eine solche nicht für notwendig hielten.

Der schriftliche Verkehr wurde durch 847 angegangene Sendungen erlebigt, denen ein Eingang von 210 Sendungen gegenübersteht. Der „Vereins-Anzeiger“ geht den Kollegen beim Militär alle drei Wochen (3 Nummern) zu, soweit man im Besitze der Adressen ist. Durchschnittlich gehen etwa 120 Feldpostsendungen bei jedem Versand ab. Auf diese Weise war es möglich, mit einem Teil der einberufenen Kollegen die Fühlung aufrechtzuerhalten.

In gedrängter Form haben wir nun die Ereignisse des Jahres geschildert. Die Filiale hat das dritte Kriegsjahr in ihren organisatorischen Grundlagen erhalten, überstanden. Die entstandenen Lücken durch die fortwährenden Einberufungen konnten dank der Mitarbeit der alten Kollegen immer wieder ausgefüllt werden, so daß sich insbesondere die Beitragsleistung ohne Störung abwickelte.

Wir wollen uns nun für die Zukunft keiner allzu großen Hoffnung hingeben; denn auch ist das Kriegsende trotz der täglich wachsenden Friedenssehnsucht sehr ungewiß. Doch einmal muß dieses gewaltige Ringen sein Ende nehmen. Unsere Filiale wird auch den ferneren Kriegseinwirkungen widerstehen und dann, wenn der Friede seinen Einzug hält, mit voller Kraft die großen Aufgaben, die der Erledigung harren, zu lösen suchen!

Aus Unternehmerkreisen.

Die Bauunternehmer gegen die Teuerungszulagen. Zu einem Rundschreiben wendet sich der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe gegen die Bewilligung höherer Kriegszulagen bzw. gegen Verhandlungen über die Erhöhung dieser Zulagen. Jede Mehrbewilligung und jede Verhandlung sei mit der Begründung abzulehnen, daß dazu nur die zentralen Organisationen zuständig sind. Die Unternehmerverbände dürften sich keinesfalls darauf einlassen oder selbst anregen, über die Erhöhung der Teuerungszulagen vor den Kriegsamtsstellen zu verhandeln. Weiter wird in dem Schreiben darauf verwiesen, daß die Arbeiter, die fern vom Wohnort ihrer Familie arbeiten und deshalb einen doppelten Haushalt führen, auf Grund des Erlasses des Reichsanzlegers vom 9. Januar 1917 einen Rechtsanspruch auf Zahlung eines Zuschlages von M 2

Über umgekehrt sind mir Fälle bekannt, wo verlangt wurde, daß für einige Wochen Krankheit nachgelernet werden sollte. Da, wo eine Fachschule besteht, muß der Besuch obligatorisch für die Lehrlinge sein. Gerade für unser Gewerbe ist die Winterzeit dazu geeignet.

Die Lehrfrage ist eine wichtige Frage. Ich will hier die Verhältnisse einer mitteldeutschen Stadt schildern. Technisch oder gerademäßig wird man es öfter finden. Der Direktor ist ein Akademiker. Wie er an diesen Posten kam, weiß niemand mehr; er versteht wenig vom Handwerk, was er jetzt kann, hat er in den vielen Jahren gelernt. Konstruktion und Freihandzeichnen sind seine Fächer, sonst steht er dem praktischen Leben weltfremd gegenüber. Ein Teil der Lehrer sind Architekten, die nicht einmal den Durchschnitt erreichen; aber alle sind gut empfohlen. Die Fachlehrer sind ebenfalls gut empfohlen von ihrer Organisation. Doch kümmert sich aber niemand darum. Nun sind diese Herren da und machen ihre Sache so gut sie können. Sie geben sich große Mühe, beiseite jedes Jahr eine Ausstellung zusammen. (Es kommt vor, daß auch Arbeiten von Schülern ausgestellt werden, die schon lange die Schule verlassen haben.) Das Zeichenmaterial, wenn der Ausdruck gestattet ist, das sie unterrichten sollen, ist mangelhaft vorgebildet; selbst fehlt ihnen meist die Kunst, andere etwas zu lehren, und so wird fortgemurrt, zum Schaden der Jugend und des Handwerks. Das Interesse schwindet und damit die Beachtung. Modelle, Vorlagen, Vorbilder, Musterblätter, die je nach Maderichtung empfohlen und angeschafft wurden, liegen zu Hunderten in der Kumpellammer. Niemand kümmert sich darum. So wurde zum Beispiel vor Jahren ein Holzmeister im Werte von M 500 angeschafft. Es war Fournierholz aufgelegt, 1,20 m im Quadrat. Der Fachlehrer, der das Holz ansah, verstand herzlich wenig vom Holzmaße. Heute weiß kein Mensch mehr, wo diese Muster sind. Die intelligenten Meister, die das alles kennen, kümmern sich nicht darum; denn man weiß nicht, wie man es ändern soll. Niemand will diese Leute um ihr Brot bringen, und so läßt man es laufen. Mit dem Ausuchen der Fachlehrer ist es eine eigene Sache, da haben viele mit-

ausprechen, die dafür nichts zu sagen hätten. Persönlichkeiten, die die Sache über alles stellen, sind selten. Auch die Lehrmethoden sind sehr merkwürdig, meist nur eine „Dressur für Ausstellungsarbeit“. Der Direktor verlangt eben eine gute Ausstellung zu Oben; dabei wird das wirkliche Handwerk vernachlässigt. Hier aber gilt besonders, was ich eingangs sagte, das Selbsterlernen und etwas ins „Handgeleit“ bekommen, einfach aber grundlegend, damit der Lehrling sich später selbst weiterhelfen kann. Noch nicht einmal eine Methode des Farbennüchterns für Rot- und Gelbfarbe, die gibt, konnte ich finden. Der Schüler erhält eine Farbvorgabe zum Beispiel Umbra, dann etwas Grün, dann Chromgelb usw. Der Farbtupfen ist voll, die Farbe aber stimmt immer noch nicht. Der Schüler verliert die Freude bei solcher Arbeit; eine Enttäuschung brachte ihn die Schule, er wird gleichgültig, faul, und warum? Weil das System falsch ist. Wer soll und kann es ändern? Kommt nun ein tüchtiger Fachlehrer, der eine eigene, praktische Methode hat und diese lehrt, dann ist wieder der Herr Direktor im Wege, der damit nicht einverstanden ist, und nun ist wieder der Schüler der Geschädigte. Hier gibt es noch viel zu tun. Auch gilt das hier, was ich anfangs sagte. In das Museum, in den botanischen Garten, in Feld und Wald, um an der Natur zu studieren, auch besonders das Straßenbild, die einzelnen Häuser, Denkmäler, Brunnen. Selten lernen! Die Lehrmittel müssen natürlich für den Minderbemittelten ganz frei sein. In der Sommerzeit, wie nun einmal die Verhältnisse sind, hat der Meister wenig Zeit und Gelegenheit, sich mit dem Lehrling zu befassen; daher hat die Fachschule um so größere Bedeutung, wenn diese richtig ihre Aufgabe erfüllt. Die Meister müssen aber auch hier ernstlich mitwirken, nicht alles auf einzelne Schüler abladen. Die Handwerkerergänzungs- und Gesellen- und Meisterprüfung hat so gut, wie nichts gebessert. Es müssen also andere Mittel gesucht werden. Die neuen Richtlinien dürften sicherlich einen weiteren Fortschritt bringen, vorausgesetzt, daß die richtigen Personen sich dafür einsetzen.

logisch nicht haben. Endlich wird darauf hingewiesen, daß einige Arbeitgeber des Bauarbeiterverbandes versucht hätten, die Vereinbarung vom Mai 1916 infolgedessen eine solche Auslegung zu geben, als sie die in Prozenten des Lohnes festgesetzten Zuschläge für Überstunden, Sonntags- und Nachtarbeit von Lohn und Feuerungszulagen berechnen wollten. Das sei nicht berechtigt, da die Tarifverträge und Tarifpläne unverändert verlängert worden sind und die Feuerungszulage als besondere Abfindung vereinbart worden ist.

Die Bauunternehmer stehen also auf den zwischen den Organisationen im Mai 1916 getroffenen Vereinbarungen. Sie tragen den seit dieser Zeit erheblich veränderten Verhältnissen keinerlei Rechnung und machen in ihren Kreisen mobil, daß den Arbeitern darüber hinaus seine auch noch so berechtigten Lohnforderungen gewährt werden sollen.

Baugewerbliches.

Entwurf einer neuen Berliner Bauordnung. In den letzten Jahren hat Professor Heinrich Kahler an einem Entwurf gearbeitet, den er an die Stelle der alten Berliner Bauordnung gesetzt wissen will. In ihr will er, wie Arnold Hartmann in der „Neudeutschen Bauzeitung“ schreibt, durch die Einführung einer grundsätzlichen neuen Art der Baubeschränkung an Stelle der bisherigen Flächenberechnung die Berechnung nach dem umbauten Raum setzen. Hierdurch würden die schweren Schäden des großstädtischen Wohnbaus abgeheilt, die Brandmanern, die schauerliche Dohle und das Berliner Zimmer würden verschwinden. Die Architektur der Straße, die durch ein niedriges Vaupeulamentum dem Architekten genommen und dem Baupflichter in die Hand gespielt ist, käme wieder in die rechte Hand zurück. Der Architekt, dem durch die neue Bauordnung eine viel größere Freiheit hinsichtlich der Gruppierung der Baukörper ermöglicht würde, könnte wieder mitwirken an der künstlerischen Gestaltung unserer Städte.

Gewerkschaftliches.

Streiks und Aussperrungen im Kriegsjahre 1916. Nach der schon erschienenen amtlichen Statistik hatten die Streiks im Jahre 1916 gegenüber dem Vorjahre eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen. Es fanden im Berichtsjahre neun (die vergleichenden Zahlen für das Jahr 1915 sind in Klammern beigefügt) 230 (187) Streiks. Die Zahl der von Streiks betroffenen Betriebe betrug 488 (178). Durch Streiks zu völligem Stillstand gebracht wurden 71 (34) Betriebe. Die Zahl der in den betroffenen Betrieben Beschäftigten betrug 420 518 (47 010). Die Schichtzahl der gleichzeitig streikenden betrug 124 123 (11 680). Durch die Streiks zum Feiern gezwungen wurden 4688 (2872) Vollen Erfolg hatten 27 (24), teilweisen Erfolg 129 (87) und keinen Erfolg 38 (76).

Aussperrungen wurden im Jahre 1916 keine vorgenommen; 1915 konnte noch von vier Aussperrungen berichtet werden.

Die zunehmende Streikbewegung ist sicher auf die seit dem Jahre 1915 stark gesteigerte Verteuerung des Lebensunterhalts zurückzuführen, für die die Arbeiter durch erhöhte Lohnforderungen einen Ausgleich zu schaffen suchten.

Der Verband der Sattler und Portefeniler 1916. Gegenüber dem Vorjahre bewegte sich das verfloßene Jahr in der Produktion der Lederausstattungsindustrie zeitweise in etwas ruhigeren Bahnen und begünstigte damit die etwas schon stark fluktuierende in Mitgliederbestände. Die Zahl der neu aufgenommenen Mitglieder betrug im Berichtsjahre immer noch 4378, darunter 1433 weibliche. Demgegenüber ein Verlust von 6820 zu buchen ist. Die Mitgliederzahl ging demzufolge von 10 573 auf 8131 zurück, trotzdem bei den weiblichen Mitgliedern eine Zunahme von 246 zu verzeichnen ist. Während der Kriegsdauer (seit Beginn des dritten Vierteljahres 1914) hat die Organisation 21 069 Aufnahmen gemacht, allein 16 079 Mitglieder mußten aber wegen zeitweiser Beiträge wieder gestrichen werden. In diesen Ziffern läßt sich recht deutlich die Beweiskraft der Produktion erkennen. Gemäß der rückläufigen Mitgliederzahl gingen auch die Einnahmen des Verbandes zurück. An Beiträgen wurden im Jahre 1916 noch 4 302 739 gezahlt, 1916 nur 4 200 434. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betrugen 4 256 000. Die Ausgaben übten demgegenüber und trotz verringertem Mitgliederzahl stabil. Sie bezifferten sich im Jahre 1916 auf 4 176 831. Der Hauptanteil der Ausgaben entfällt auf die Unternehmungen, es wurden dafür ausgegeben 4 755 530 = 44,4 pZt. der Gesamtausgaben, darunter 4 46 262 für die Familien der eingezogenen Mitglieder. Während der Kriegszeit hat die Organisation durch ihre Haupt- und Nebenzweige rund 4 540 000 an Unternehmungen ausgezahlt, davon etwas mehr als die Hälfte an Familienunterstützung. Insekunden haben die Ortsgruppen noch Sammlungen für die Familien veranstaltet, deren Einnahmen nicht feststehen. Im Verhältnis zu der Mitgliederzahl hat der Verband reichliche Mittel zur Ansammlung gebracht und dabei den Aufbau des Verbandes nicht vergessen. Trotz der rückläufigen Einnahmen erzielte das Jahr 1916 bei den gleichen Ausgaben einen Ueberschuß von 4 79 259; die Statistiken der Organisationen verfügen über nahezu 1 Million Mark Reservefonds.

Auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hatte die Organisationsleitung ständig die Hände voll zu tun. Der Verhandlungsleitung gelang es, den 1915 abgeschlossenen Reichstarif für das Lederausstattungs-gewerbe bei allen Behörden, die Anträge vergeblich zur Anerkennung zu bringen, infolgedessen jedoch bei den heimischen Firmen eine rege Tätigkeit ein, um diese zur Einhaltung der tariflichen Bedingungen zu zwingen. Gegen Jahresabschluss konnte eine Bewegung beendet werden mit dem Erziele einer zehn- bis fünfzigprozentigen Feuerungszulage für die Militärstatler. Im Frühjahr 1916 wurde für die Lederausstattungsindustrie eine tariflich bindende Feuerungszulage erreicht mit der ausdrücklichen Ver-

längerung des Dreifachtarifs Berlin-Offenbach-Stuttgart auf ein Jahr. So darf das Jahr 1916 trotz der Ungunst der Zeit und angesichts des Mitgliederrückganges doch als ein den Umständen angemessenes gutes Jahr bezeichnet werden, und kann der Verband mit dem Gesamtergebnis während des Krieges wohl zufrieden sein.

„Feld-Grundstein“. Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes gibt für seine Feldmitglieder eine besondere Ausgabe des „Grundstein“ heraus. Neben den Zweck der Herausgabe sagt der Verbandsvorstand in der ersten Nummer des nun regelmäßig monatlich erscheinenden „Grundstein“: „Mit diesem Blatte verknüpft der Verbandsvorstand die Absicht, auf diesem Wege eine dauernde Verbindung mit der Masse der Kriegsdienst tuenden Verbandsmitglieder herzustellen. Durch die Verfeinerung der Verbandszeitung allein war das nicht zu erreichen; die mit dem wöchentlichen Verbandsverbundene Arbeit war für viele Vereine zu groß, und die Folge war, daß die Masse der Feldmitglieder die meiste Zeit ohne jede sichere Nachricht von dem Stande und dem Wirken der Organisation war. Das ist natürlich ein Mangelstand — nicht nur für die Feldmitglieder, sondern bei der Länge des Krieges auch für die Organisation.“

Sozialpolitisches.

Zur Ernährungspolitik. Die möglichst vorteilhafte und wirtschaftliche Ausnutzung aller vorhandenen Nährstoffe ist jetzt ein immer allgemeiner erkanntes oberstes Gebot. Da ist eine wissenschaftliche und doch gemeinverständliche Abhandlung außerordentlich beachtenswert, die jüngst H. Trillisch, technischer Sachverständiger, Frailling bei München, unter dem Titel: „Die Nährstoffausnutzung der Gerste bei ihren wichtigsten Verwendungsarten unter besonderer Berücksichtigung der für die Ernte 1916 gegebenen Verhältnisse“ herausgegeben hat — um so beachtenswerter, als sie aus dem Herzen von Bayern stammt. Sie erörtert, auf genaue Zahlen- und Tatsachenunterlagen gestützt, sorgfältig abwägend die Verwendung der Gerste 1. zu Graupen und Mehl, sodann 2. zur Schweinefütterung, 3. zum Bierbrauen und 4. für Malzstoffee. Auf Grund der Vergleichung des Nüchtrages für die menschliche Ernährung bei den verschiedenen Verwendungsarten kommt der Verfasser zu folgenden Schlußfolgerungen: Wenn man lediglich die in der Gerste enthaltenen Wärmeeinheiten der Nährstoffe möglichst vollständig für die menschliche Ernährung ausnützen will, dann ist der richtigste Weg, die Gerste zu schälen und als Kolli gerste (Graupen) oder Mehl zur unmittelbaren menschlichen Ernährung zu verwenden. Die Abfälle aber an Milchvieh oder Schweine zu verfüttern. Die Ausnützung ist dann 70,5 pZt. unmittelbar und 3 pZt. mittelbar, also 73,5 pZt. Es ist dies auch der billigste Weg der Verarbeitung. Bei der Gersten- und Malzkaffeeherstellung werden 41 bis 50 pZt. der Nährstoffe im Extrakt der unmittelbaren menschlichen Ernährung zugeführt, die sich aber billiger als im Fleisch oder im Bier stellen. Die Abfälle enthalten noch wertvolle Nährstoffe, sie sollen daher gesammelt und entweder zur unmittelbaren Ernährung oder zur Verfütterung verwendet werden. Da kaffeeartige heiße Getränke gerade bei den sonstigen ungünstigen Ernährungs- und Getränkeverhältnissen insbesondere für Frauen und Kinder ein unbedingte Notwendigkeit sind, und Gerste der einzige entsprechend billige und in genügenden Mengen in Betracht kommende Rohstoff ist, kann diese Verwendung der Gerste nicht umgangen werden. Die Verfütterung der Gerste an Schweine ist an und für sich die ungünstigste Art der Ausnützung der Nährstoffe. Nur die Notwendigkeit, durch Fleisch Umwechslung in die Ernährung zu bringen und durch konzentriertes Fett im Speck den tatsächlichen Bedarf zu ergänzen, rechtfertigt einigermaßen die Verfütterung der Gerste, weil eben anderes Futter in genügenden Mengen nicht da ist, und solange Gerste über die zur unmittelbaren Ernährung erforderliche Menge vorhanden ist. Bei der Bierbrauerei gehen etwa 54 pZt. der Gersten-nährstoffe in das Bier, sie kommen aber den Verbrauchern vier- bis achtmal so teuer als in Form von Kolli gerste. Von den Nährstoffen der verfütterten Abfälle kehren 3,5 pZt. im Schlachtergebnis wieder, die Gesamtausnützung ist also 57,9 pZt. Die Brauer können unmöglich verlangen, daß Frauen und Kinder an Stelle von Kaffee Bier trinken sollen — selbst Soldaten wird, mindestens in der kalten Jahreszeit, Kaffee besser bekommen als Bier. Der eigentliche Zweck dabei — genügende Getränkemengen zu beschaffen — wird in Form von Malzkaffee in vier- bis fünf-facher Höhe erreicht; die tatsächlich ausgenutzten Nährstoffe stellen sich dabei in ihm immer noch wesentlich billiger als im Bier.

An das deutsche Volk hat der Deutsche Kaiser zum Okerfest eine Proklamation gerichtet, in der eine Reform des Klassenwahlrechts — unmittelbare und geheime Wahl zum preußischen Landtage — und eine andere Zusammenziehung des Herrenhauses angekündigt wird. Die Regierung wird beauftragt, eine diesbezügliche Vorlage auszuarbeiten und vorzulegen.

Vom Ausland.

Der Führer des amerikanischen Arbeiterbundes, Gompers, richtete nach einer Meldung des Schweizerischen Rechtslexikon an den Vorsitzenden der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Legien, eine Depesche, in der es unter anderem heißt:
„Es sind vielleicht die letzten Worte, die die Arbeiterorganisationen unserer beiden Länder wechseln, ehe der Kriegszustand, der noch Jahre dauern kann, unsere friedlichen und brüderlichen Beziehungen ein Ende macht. Die Vereinigten Staaten haben die Pflicht, ihre Bürger gegen die ungerechtfertigte Vernichtung ihrer Existenz zu schützen. Wir tun unser Möglichstes, um zu vermeiden, daß der Krieg tatsächlich erklärt wird. Wir haben auch das Recht, von den deutschen Arbeitern zu verlangen, daß sie alles tun, um von ihrer Regierung eine sofortige und befriedigende Er-

klärung zu erhalten, die der ganzen Welt die Anteilnahme Amerikas am Kriege erspart.“

Wir erinnern gegenüber diesem Telegramm an die Antwort, die der Vorsitzende der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Legien, am 9. Februar am Gompers abgefaßt hat, als dieser ihn gebeten hatte, auf die deutsche Regierung einzuwirken, daß der Krieg vermieden werde. Legien antwortete damals:

„Eine Einwirkung meinerseits auf die Regierung ist nur erfolgversprechend, wenn Amerika England zur Einstellung des völlerrechtswidrigen Auswanderungskrieges beizutritt. Ich appelliere an die amerikanische Arbeiterschaft, sich nicht als Werkzeug der Kriegsheber gebrauchen zu lassen und nicht durch Befahren der Kriegszone den Krieg zu erweitern.“

Dieses Telegramm ist in den Vereinigten Staaten angekommen, aber von den dortigen Zeitungen fast gar nicht beachtet worden. Das neue Ansehen Gompers beweist, daß er den Standpunkt der deutschen Arbeiter nicht versteht oder nicht verstehen will. Im übrigen ist das Telegramm durch die von Amerika herbeigeführten Geschäfte überholt worden.

Fachliteratur.

Die Deutsch-Malerzeitung „Die Mappe“ beginnt jeden einen neuen Jahrgang. Das Aprilheft, in der gewohnten Weise reichhaltig und den vielseitigen Ansprüchen amedientprechend ausgestattet, liegt vor. Für alle Berufs-kollegen, die in ihrem fachtechnischen Können und Bestreben nicht zurückbleiben wollen, ist diese illustrierte Fachzeitung der empfehlenswerteste Wegweiser. Es erscheinen jährlich 12 Monatshefte und 52 Wochennummern der Deutsch-Malerzeitung „Die Mappe“. Der Abonnementspreis beträgt nur 4 8 vierteljährlich. Verlag von Georg D. W. Callweh in München.

Literarisches.

„Die Glocke“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Barvus. (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68.) Das oben erwähnte Heft 2 enthält unter anderem folgende Artikel: Heinrich Gumow: Osterhoff'sche, August Winnig: Fünf Minuten vor Zwölf! Dr. Paul Lenk, M. b. H.: Der Krieg des Herrn Wilson. Hermann Wendt, M. b. H.: Der bürgerliche Charakter der französischen Revolution. Wilhelm Bloch, M. b. H.: Die alte und die neue Internationale. Dr. Palatinus: Fideikommiss in Bayern. Friedrich Kleis: Die „Sucht“ nach Rente. Arthur Bialer: Erfüllung. Glosien. Gustav Stengeler. — Einzelhefte 80 4 vierteljährlich 4 8,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

„Kosmos“, Handweiser für Naturfreunde. Erschienen sind Heft 2 und 3. Diese ausgezeichnete vollständig-naturkundlich geleitete Zeitschrift erscheint monatlich in großem Format mit jährlich vier Buchbeilagen, die haltend wertvolle Werke erster naturwissenschaftlicher Schriftsteller. Der Preis von 4 2,50 halbjährlich ist in Anbetracht des hier Gebotenen außerordentlich billig. Nicht nur für dasheim, auch für die Draben im Schützengraben bietet der „Kosmos“ geeigneten Lesestoff. Probehefte sind durch jede Buchhandlung oder durch die Geschäftsstelle in Stuttgart, Französische Verlagsbuchhandlung, Pfaffenstraße 6, zu beziehen.

Billige Bücher ins Feld! Gar oft verlangen die Soldaten an der Front und in den Spitälern nach guten und billigen Büchern. Den Wünschen Rechnung zu tragen, ist aber oft schwierig. Es ist daher zu begrüßen, daß die Wiener Volksbuchhandlung eine Liste von mehr als 800 Büchern größeren und kleineren Umfanges, ernste und heitere Dichtungen, ferner Bücher aus verschiedenen Wissensgebieten, in den verschiedensten Preislagen zusammengestellt, alle gegenüber dem Normalpreise bedeutend ermäßigt. Wer seinen Freunden und Bekannten guten und billigen Lesestoff ins Feld schicken will, oder den Soldaten die Auswahl guter und billiger Bücher ermöglichen will, sende 15 Heller an die Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI., Gumpendorferstraße 19, welche den Katalog verschickt.

Sterbetafel.

Berlin. Am 28. März starb der Kollege Wilhelm Jounier, geboren am 26. September 1866 in Berlin.
— Am 29. März starb der Kollege Wilhelm Meyerhoff, geboren am 21. Juni 1871 in Dänemark.
Danzig. Am 31. März starb der Kollege August Birgmann, geboren am 12. August zu Danzig 1849.
Pirna. Am 28. März starb unser treuer Kollege Hermann Ludwig im Alter von 41 Jahren an Kehlkopfgeschwundst. Ihre ihrem Andenken!

Vereinstell.

Bericht der Hauptklasse vom 6. bis 14. April.
Eingefandt haben: Lübeck 4 480, Köln 800, Frankfurt an der Oder 100, Bernburg 10, Schwab 30, Herford 100, Grünberg 2,18, Gütrow 50, Erfurt 100, Duisburg 85, Regensburg 100.

Die Woche vom 22. bis 28. April ist die 17. Beitragswache.
S. Dentler, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 14 des „Correspondenzblattes“ bei.